



Wolfartsweierer Liberaler Brief

Nr. 49 • Sept. 2017

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Digitalisierung ist inzwischen in fast alle Lebensbereiche eingedrungen und hat unsere Gesellschaft bereits stark verändert. Dieser Trend wird sich in absehbarer Zukunft noch verstärken, und die Politik muss darauf reagieren, denn die Menschen erwarten Konzepte dafür, wie sich die Verhältnisse in ihrer engeren Umgebung, in Deutschland und Europa weiterentwickeln könnten. Die Antworten der politischen Parteien sind aber fast immer mager und konventionell. Weiter so wie bisher, mehr Gerechtigkeit, Stärkung des Sozialstaates, Bewahrung von Flexibilität und Markt, zurück zur Vergangenheit, so präsentiert sich das Angebot unmittelbar vor der Bundestagswahl. Das wird aber nicht reichen!

Die Digitalisierung verändert nicht nur unsere Verhaltensweisen, sie hat auch enorme Auswirkungen auf die Wirtschaftsprozesse und die Arbeitsplätze. Viele Berufsbilder werden verschwinden, ganz neue dafür entstehen. Andere Berufsfelder, insbesondere solche, die menschliche Zuwendung erfordern, werden höhere Anerkennung erlangen müssen. Können wir diese Veränderungen so steuern, dass der bei uns erreichte Lebensstandard erhalten bleiben wird? Kann der absehbare wirtschaftliche Absturz der Verlierer aufgefangen werden? Dafür brauchen wir mutige und verantwortungsvolle Politiker. Gehen Sie zur Wahl!

Herzlichst Ihr

Wolfgang Zwirner

Der Dieselmotor in der politischen Debatte

Eine seltsame Allianz hat sich zusammengefunden, die dem Dieselmotor möglichst kurzzeitig den Garaus machen will. Ohne Rücksicht auf nicht überschaubare Verluste für Wirtschaft und Gesellschaft scheinen sich da sehr unterschiedliche Gruppen mit durchaus gegensätzlichen Motiven verabredet zu haben. Schauen wir uns die einzelnen Partner und ihre Argumente an.

Zuvörderst stehen die Automobilkonzerne, die in steigender Anzahl Pkw gebaut und verkauft haben, deren CO₂-Abgaswerte und Verbrauchswerte besonders gering und damit umweltfreundlich sind. Prompt wurden Dieselmotoren daher auch in immer größere und starke Typen eingebaut. Die NO_x-Abgaswerte sind aber in Bezug auf die immer weiter abgesenkten Normwerte zu hoch, wurden jedoch durch manipulierte Tests kaschiert. Damit hat sich die Autoindustrie selbst ein Bein gestellt und ins Abseits begeben. Die Konkurrenz aus den USA hat sich natürlich besonders darüber gefreut.

Für die in kurzer Zeit immer weiter abgesenkten NO_x-Grenzwerte ist die EU-Kommission mit ihren Richtlinien verantwortlich. Den Beifall der Umweltpolitiker hat sie auf ihrer Seite, aber die Hersteller von Dieselmotoren zur Lüge verführt. Verhindert wurde dadurch das schnelle Verbreiten der „AdBlue“-Technik (Einspritzung von Harnstoff), um die NO_x-Werte der Diesel-Pkw entscheidend zu senken. Um dieser Technik zum Durchbruch zu verhelfen, müssen Autos mit entsprechend großen Tanks konzipiert und für den Betrieb erst noch genehmigt werden, was einige Zeit beansprucht.

Inzwischen wittern die grünen Fundamentalisten Morgenluft. Am liebsten würden sie den Individualverkehr für Autos mit Verbrennungsmotoren sehr schnell ganz verbieten, setzen sich aber immerhin auf die massive Förderung von Elektroautos ein wollen das kurzfristige Verbot der Diesel-Pkw erreichen. Diese Aussicht hat jedoch kurz- und mittelfristig keine Perspektive, denn für die massive Verbreitung von Elektroautos fehlt die erforderliche Infrastruktur. Sie zu erreichen wird einen steinigen Weg erfordern. Millionen Autos wollen gleichzeitig Strom zapfen, und die Entsorgung großer Mengen Batterien ist auch noch ungelöst.

Wolfgang Zwirner

Digitalisierung in der Produktion (Industrie 4.0)

„Alles was digitalisiert werden kann, das wird auch digitalisiert.“ Dies ist das Schlagwort für die Revolutionierung der Produktionsprozesse in großen, mittleren und kleinen Unternehmen. In der neuen Industrie 4.0 unterstützt intelligente und vernetzte Software die Herstellung von Waren oder die Bereitstellung von Dienstleistungen sowie den gesamten Vertrieb. Sie macht daher die menschliche Arbeit effizienter und wertvoller, kann sie aber auch zum großen Teil ersetzen. Diese Perspektive ist auf den ersten Blick nicht unbedingt eine positive Botschaft für den künftigen Erhalt vieler Arbeitsplätze in Deutschland.

Eine Studie des Fraunhofer-Instituts für System und Innovationsforschung (ISI) und der „Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft“, die für den Verein Deutscher Ingenieure (VDI) durchgeführt wurde, zeigt jedoch weiterhin große Perspektiven für den Wirtschaftsstandort Deutschland auf. „Digitalisierte“ deutsche Unternehmen, die Teile ihrer Produktion ins Ausland, zum großen Teil nach Übersee, verlagert haben, beginnen mit Rückverlagerungen oder haben diese während der letzten Jahre bereits vorgenommen. Höhere Lohn- und Gehaltskosten in Deutschland spielen künftig eine untergeordnete Rolle gegenüber einer qualitativ hochwertigeren Produktion im Inland und einer individualisierten Kundenorientierung. Wie sich das aber im Rahmen der allgemeinen Globalisierung auch in fernerer Zukunft auf die Arbeitsplätze auswirken wird, kann derzeit nicht vorausgesagt werden.

Wolfgang Zwirner

Maulkorb für Ortschaftsräte und Parteien

Mehr Transparenz und Informationen über aktuelle Themen, das war die Intention des Landtages, als er im Oktober 2015 eine Änderung der Gemeindeordnung beschloss. Mit der Ergänzung von § 20 sollte in den Amtsblättern den Fraktionen der Parteien der Raum für Ansichten und Auffassungen über aktuelle Themen eingeräumt werden. In der „Stadtzeitung“, dem Karlsruher Amtsblatt, erscheint seither regelmäßig eine Seite „Stimmen aus dem Gemeinderat“.

Viel offener sind, da es sich um keine Amtsblätter handelt, die Mitteilungsblätter der Karlsruher Stadtteile mit Ortschaftsräten. Neben Kommentaren zu kommunalpolitischen Themen, über Veranstaltungen der Parteien zu aktueller Politik, zur Wirtschaft, Wissenschaft oder über Zukunftsthemen wird hier ausführlich berichtet. **Alle? Nein! Ein Blatt wird tapfer davon freigehalten: Das Mitteilungsblatt Wolfartsweier!** Die Ortsverwaltung und die großen Parteien sind der Meinung, dass allzu viele Informationen den Missbrauch der politischen Freiheit fördern. Deshalb bleibt unser Mitteilungsblatt frei von politischen Meinungsäußerungen (sogar Veranstaltungen dürfen nur ohne Titel angekündigt werden).

In Wolfartsweier genügt es, wenn Ortschaftsräte oder Parteien sich in den selten erscheinenden Parteiblättern „D'Schell“ oder „Der Sticker“ wie auch im zwei- bis dreimal jährlich erscheinenden „WoLiBri“ äußern. Auch per Leserbrief in den Zeitungen, im Internet oder in sozialen Netzwerken besteht die Möglichkeit, so in etwa die Antwort auf eine kürzliche Anfrage von FDP-Ortschaftsrat Jürgen Morlock. Die Beschränkung der Grundgesetzartikel 21 (*Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.*) sowie Artikel 5 (*Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung ... werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.*) in Bezug auf das Mitteilungsblatt wird von der Mehrheit der Ortschaftsräte nicht wahrgenommen. Offenbar will man in diesem Medium die politischen Parteien heraushalten.

Lieber nicht öffentlich wollte der Ortsvorsteher das Thema in der Ortschaftsratssitzung im Januar 2017 diskutieren lassen; nicht einmal auf der Tagesordnung wurde es angekündigt. Ortschaftsrat Morlock war krankheitsbedingt nicht anwesend. Da über die Themen der nichtöffentlichen Ortschaftsratssitzungen und über die Inhalte der diesbezüglichen Protokolle nichts veröffentlicht werden darf, kann hier leider auch nichts zitiert werden.

„Jeder hat das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“ So steht es im Artikel 5 des Grundgesetzes. Jedoch Beiträge politischer Parteien sind in Wolfartsweier unerwünscht. JM

Die Erweiterung der Maut

(In unserer Kabarettveranstaltung am 21. Juni 2017 haben wir ein fiktives Gespräch zweier Beamter im Bundesfinanzministerium vorgeführt. Hier ein Auszug, Text: Thomas Nattroth.)

Zasternak: Wir haben uns von der Gesetzgebung zur Regelung des verkehrspolitischen Konzepts einer Autobahn-Maut der CSU inspirieren lassen und den Ansatz weiter gedacht, indem er auf weitere Verkehrsräume ausgedehnt wird.

Reibach: Spannen Sie mich nicht weiter auf die Folter. Was ist geplant?

Zasternak: Mit Folter für die Bürgerfinanzen liegen Sie schon tendenziell richtig. Also, wir gehen von dem Paradigma aus: Von der CSU lernen bedeutet Abzocken lernen. Wir haben in den vergangenen Jahren dem Bürger, wenn auch manchmal schleichend, vermittelt, dass in fast allen Lebensbereichen Leistungen, ob öffentlich oder privat erbracht, etwas kosten und der Bürger daran angemessen beteiligt werden muss. Zwischenzeitlich verlangen Museen, Universitäten u. a. einen Obolus vom Bürger. Die Pkw-Maut ist dabei nur die logische Fortsetzung dieser Entwicklung

(Fortsetzung nächste Seite)

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Digitalisierung und politische Umwälzungen verändern alles. Wir stehen am Beginn einer neuen Zeit. Wir Freie Demokraten glauben, dass wir für diese neue Zeit auch ein neues Denken brauchen. Ein Denken frei von Vorurteilen, frei von Gewohnheiten, frei von „So haben wir das immer gemacht“. Ein Denken, das nach vorne gerichtet ist und das die Lösungen eben nicht in der Vergangenheit sucht. Lernen Sie es kennen.

**MITTWOCH, 20. SEPTEMBER 2017, 16:00 UHR,
FRIEDRICHSPLATZ, 76133 KARLSRUHE**



CHRISTIAN LINDNER

Bundesvorsitzender
und Spitzenkandidat der
Freien Demokraten zur
Bundestagswahl



MICHAEL THEURER

Landesvorsitzender und
Spitzenkandidat der Freien
Demokraten Baden-Württem-
berg zur Bundestagswahl

Impressum: Freie Demokratische Partei (FDP), Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
Telefon: 030 284958-0 E-Mail: info@fdp.de Internet: fdp.de/DenkenWirNeu Facebook: FDP, Christian Lindner

Um es kurz und knackig zu machen: Wir schreiben die Gesetzgebung über die Pkw-Maut fort und lösen die Unterscheidung von kostenfreiem Gemeingebrauch und gebührenpflichtiger Sondernutzung auf. Demzufolge ist die Benutzung von Bürgersteigen und Radwegen in Zukunft eine gebührenpflichtige Nutzung!

Die Vorteile dieser Lösung liegen auf der Hand: Das Kostenbewusstsein des Bürgers wird geschärft, und die Gemeinden können ihre klammen Kassen füllen, sofern sie die Maut-Gebühren selbst erheben. Das Kommunalabgabengesetz müsste dafür angepasst werden. Wenn sie diesen Verkehrsraum jedoch an private Investoren verkaufen, etwa an eine Gesellschaft namens „Tret- und Roll Collect“, oder kurz „Troll-Collect“, bleiben immerhin noch Steuereinnahmen bei den Gemeinden hängen, und sie werden als Sparmaßnahme von der Straßenbaulast, die auf die „Troll-Collect“ übergeht, befreit.

Reibach: Die Idee hat was. Wie wollen Sie die Maut erheben?

Zasternak: Das lässt sich relativ einfach bewerkstelligen: Es geht nach Körpergewicht und zurückgelegter Wegstrecke. Kinder bezahlen wenig und Übergewichtige den Spitzentarif. Es liegt doch auf der Hand, dass Übergewichtige die Geh- und Radwege stärker abnutzen als Normalgewichtige oder Kinder. Die zurückgelegte Wegstrecke lässt sich in Zeiten von Smartphone und GPS relativ einfach ermitteln. Für Smartphone-Verweigerer bleibt dann noch die elektronische Fußfessel.

**Freie
Demokraten**

Wolfartsweier **FDP**

Vorsitzender und Redaktion:

Dr. Wolfgang Zwirner

Vorbergstraße 3

76228 Karlsruhe

wolfgang_zwirner@arcor.de

Tel.: 0721 - 40 75 68